Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreishaushalts 2013

Ausführung von Herrn Schöpgens

Frau Vorsitzende, meine Herren,

die Finanzabteilung hat in den letzten Wochen mit Unterstützung der verschiedenen Fachämter eine umfassende Überprüfung der Haushaltsansätze vorgenommen. Die dabei festgestellten wesentlichen Abweichungen sind in der Übersicht ausgewiesen, die der Einladung zur heutigen Sitzung als Anlage beigelegt war.

Zum Zeitpunkt der Überprüfung konnten die Ergebnisse für die erste Hälfte des Jahres 2013 berücksichtigt werden. Wir können deshalb davon ausgehen, dass die tatsächliche Entwicklung auch für den Rest des Jahres recht gut eingeschätzt werden kann.

Wesentliche Bereiche des Haushaltes lassen sich hinsichtlich der Entwicklung der Erträge oder der Aufwendungen nämlich nach Vorliegen der Werte für das 1. Halbjahr nunmehr sehr gut hochrechnen oder liegen in vielen Fällen bereits endgültig fest.

Letzteres gilt z. B. für die Werte im Bereich des Finanzausgleichs, also für die Kreisschlüsselzuweisungen, die verschiedenen Kreisumlagen und die Landschaftsumlage.

Die vom finanziellen Aufwand her größten Produktbereiche des Kreishaushaltes, nämlich die Bereiche „Soziale Leistungen“ und „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ lassen sich von den Mitarbeitern der zuständigen Fachämter aufgrund der Ergebnisse für die ersten sechs Monate nunmehr gut hochrechnen.

Die genannten Bereiche haben ein Aufwandsvolumen von rd. 122,0 Mio €. Im Vergleich zum Volumen des Gesamthaushalts von rd. 261,1 Mio. € sind das 46,73 %.

Nimmt man noch die Landschaftsumlage, die ja ganz überwiegend ebenfalls zur Finanzierung sozialer Leistungen dient, mit rd. 49,7 Mio. € hinzu, so kann man feststellen, dass rd. 2/3 aller Aufwendungen des Kreises Heinsberg den sozialen Bereich betreffen.

Ich habe mit Frau Machat verabredet, dass sie im Anschluss an meine Ausführungen näher auf die in der Liste dargestellten Veränderungen in den Bereichen „Soziale Sicherung“ und „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ eingeht, für die sie ja – wie Sie wissen – die zuständige Dezernentin ist.

Zu den übrigen in der Liste ausgewiesen Werten möchte ich Ihnen noch einige ergänzende Informationen geben.

Das Personalamt hat hinsichtlich der Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte ermittelt, dass wohl 600 T € weniger gezahlt werden müssen als bei der Haushaltsplanung unterstellt.

Grund für diese Verbesserung sind aktuelle Berechnungen der Rheinischen Versorgungskasse, die zugrunde gelegt werden konnten.

Bei den Personalaufwendungen wird seitens des Fachamtes im Übrigen davon ausgegangen, dass sie sich letztlich in der Größenordnung der Planungen einstellen. Zwar werden Mittel eingespart, wenn es bei den Besoldungsgruppen A 11 und A 12 nur zu einer eingeschränkten Besoldungserhöhung kommt (+ 1 %) und im Bereich des höheren Dienstes der Beamten (ab A 13) zu keiner Besoldungserhöhung kommt.

Diese Verbesserungen werden neben einigen anderen Effekten insbesondere durch die aktuell anzunehmende Besoldungserhöhung im mittleren und gehobenen Dienst (bis A 10), Bereiche in denen die meisten Beamten des Kreises Heinsberg eingestuft sind, neutralisiert. Hier liegt die derzeit diskutierte Besoldungserhöhung mit + 2,65 % über den Annahmen bei der Haushaltsaufstellung.

Bei den Gebühren und Auslagen für Verkehrsordnungswidrigkeiten können wir nach der bisherigen Haushaltsabwicklung von Mehrerträgen von wohl 50 T € ausgehen.

Bei den Erträgen aus Kostenerstattungen des Landes handelt es sich um keine neue Position. Hier werden die Stromkosten für das Polizeigebäude Heinsberg, die der Kreis Heinsberg vorleistet, mit dem Land abgerechnet und an den Kreis erstattet.

Bei der Haushaltsplanung wurde dieser Ansatz vom Fachamt versehentlich nicht gemeldet. Nach den Erfahrungen der Vorjahre sind aber 80 T € zu erwarten.

Beim Sachaufwand für Schulen kommt es zu einem geringeren Aufwand als bei der Haushaltsplanung unterstellt. Das Fachamt geht derzeit davon aus, dass wohl 142 T € eingespart werden können. Davon entfallen rd. 122 T € auf Wenigerzahlungen bei den Schülerfahrtkosten, u. z. 63 T € beim Berufskolleg Wirtschaft in Geilenkirchen und 59 T € bei der Gebrüder-Grimm-Schule in Heinsberg.

Die Verwaltungsgebühren des Vermessungs- und Katasteramtes wurden nach Einschätzung des Fachamtes um 15 T € zu hoch angesetzt. Statt 640 T € rechnet man dort lediglich mit 625 T €.

Wie eingangs gesagt, wird Frau Machat Einzelheiten zu den Werten im sozialen Bereich nennen. Ich springe deshalb jetzt zum Aufwand für sonstige Dienstleistungen bei den abfallwirtschaftlichen Einrichtungen (Mitte 2. Seite).

Bei dem um 900 T € gemeldeten geringeren Aufwand kommt die neue günstige Auftragsvergabe für die Abfallentsorgung zum Ausdruck. Allerdings kommt diese Verbesserung nicht dem Gesamthaushalt zugute.

Da es sich um einen Gebührenhaushalt handelt, der als kostenrechnende Einrichtung getrennt abzurechnen ist, wird die entstehende Verbesserung einer Gebührenrückstellung zugeführt. Die Gebührenrückstellung kann in den kommenden Jahren zur Entlastung der Gebührenzahler eingesetzt werden.

Bei den ÖPNV-Erträgen fallen rd. 205 T € aus. Hier haben die erst im Frühjahr dieses Jahres fertiggestellten Abrechnungen des Aachener Verkehrsverbundes (AVV) für die Jahre 2007 bis 2010 Rückzahlungsverpflichtungen des Kreises Heinsberg an den AVV ergeben. In den genannten Jahren wurden die ÖPNV-Leistungen, die die west in den Kreisen Aachen und Düren tätigt, jeweils zu hoch angenommen. Die zu erstattenden Beträge werden mit der aktuellen Zahlung für 2013 verrechnet, die sich dadurch entsprechend verringert.

Für die Gewinnausschüttung durch die Kreiswerke wurde seitens der dortigen Gremien vor wenigen Tagen die Vollausschüttung beschlossen. Von den zur Ausschüttung gelangenden rd. 6.061 T€ stehen dem Kreis Heinsberg 50,25 % entsprechend seinem Stammkapitalanteil an der KWH GmbH zu. Die genannten Werte berücksichtigen auch die zu zahlende Kapitalertragssteuer und stellen ein Worst-Case-Szenario dar. Zurzeit finden hier mit Beteiligung des Wirtschaftsprüfers Abstimmungen mit der Finanzverwaltung statt. Wir sind zuversichtlich, dass sich hier ggf. für den Kreis letztlich doch noch eine Verbesserung ergibt.

Die Gewinnausschüttung der EWV fällt unter Berücksichtigung der Kapitalertragssteuer um rd. 68 T € geringer aus als erwartet. An der EWV ist der Kreis Heinsberg mit 3,79 % beteiligt.

Neu ist die Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Heinsberg. Hier konnten wir vor wenigen Tagen nach der entsprechenden Beschlussfassung in den Sparkassengremien einen Betrag von netto 673,4 T € vereinnahmen.

Zur Zeit der Haushaltsplanaufstellung stand die Gewinnausschüttung noch nicht fest. Inzwischen besteht die Zusage der Kreissparkasse, auch in den kommenden Jahren einen Betrag von brutto 800 T € = netto 673,4 T € an den Kreis Heinsberg auszuschütten.

Ergänzend zur Liste sei darauf hingewiesen, dass inzwischen auch das Kreiswasserwerk Heinsberg den im Haushaltsplan veranschlagten Betrag von netto 1,0 Mio. € ausgeschüttet hat. Auch hier können wir in den Folgejahren von Ausschüttungen in entsprechender Höhe ausgehen.

Die dargestellten Veränderungen im Bereich des Finanzausgleichs wurden bereits im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens über eine 2. Modellrechnung zum Finanzausgleich bekannt, die u. a. niedrigere Umlagegrundlagen beinhaltet. Neben den negativen Effekten einer niedrigeren Schlüsselzuweisung (- rd. 148 T €) und einer bei dem festgesetzten Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage niedrigeren Umlagenzahlung (- rd. 242,5 T €). Ergab sich der positive Effekt einer um rd. 120,5 T € niedrigeren Zahlungsverpflichtung an den Landschaftsverband bei der Landschaftsumlage. Im Ergebnis ergibt sich so für den Bereich des Finanzausgleichs eine Verschlechterung von rd. 270 T €.

Wie Sie in der Summe sehen, sind wir zum Zeitpunkt der Einladung zur heutigen Sitzung von einer Verschlechterung von rd. 1,5 Mio. € für den Bereich des Haushalts ohne Jugendamt ausgegangen. Bemerkenswert ist, dass allein der soziale Bereich, zu dem Frau Machat gleich ausführen wird, ein Minus von rd. 2,4 Mio. € erwarten lässt.

Ich habe gerade ganz bewusst auf den Zeitpunkt der Einladung zur heutigen Sitzung verwiesen. Ganz aktuell haben sich nämlich noch zwei Veränderungen ergeben, die ich in meinen Ausführungen nicht unerwähnt lassen möchte, u. z. eine gute und eine schlechte.

Zunächst wurde mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 02.07.(eingegangen am 03.07.) mitgeteilt, dass der Kreis Heinsberg 2013 eine Wohngeldentlastung des Landes von 3.431.308,62 € erhält. Im Vergleich zum Haushaltsansatz bedeutet das eine Verbesserung von rd. 431 T €.

Noch aktueller, nämlich am 04.07., wurden die Belastungen der Kreise und Landschaftsverbände bekannt, die sich aus den Abrechnungen zum Einheitslastenabrechnungsgesetz für die zurückliegenden Jahre und die Folgejahre ergeben. Herr Schmitz hat in seinen Ausführungen zum Entwurf des Jahresabschlusses 2012 auf die dortigen Auswirkungen hingewiesen. Für das Jahr 2013 ergibt sich hier eine zusätzliche Belastung von rd. 710 T €. Auch für die Folgejahre bis 2019 müssen wir vergleichbare Belastungen in den jeweiligen Haushaltsplanungen berücksichtigen.

Unter Berücksichtigung dieser beiden aktuellen Entwicklungen steigt die bisher eingetretene zusätzliche Haushaltsbelastung von rd. 1.541 T € auf rd. 1.820 T €.

Diese wiederum würde im Jahresabschluss 2013 dazu führen, dass die eingeplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 3.500 T € zur Erzielung des fiktiven Haushaltsausgleichs auf rd. 5.320 T € erhöht werden müsste.

Ich bin aber zuversichtlich, dass es letztlich doch gelingt, in der weiteren Haushaltsabwicklung den Planwert von 3,5 Mio. € nicht zu überschreiten.

Ich darf nun zu Frau Machat überleiten.

Vielen Dank.